Hunderte Streuobstwiesenbesitzer in Winnenden, Leutenbach und Schwaikheim müssen unzulässige Bauten entfernen

Murrhardter Zeitung

Amtliches Bekanntmachungsblatt für die Stadt Murrhardt (Rems-Murr-Kreis)
Anzeigenblatt und Heimatzeitung für das obere Murrtal und Umgebung

Nummer 165 | Mittwoch, 21. Juli 2021 | www.murrhardter-zeitung.de € 1,90 E 5031 A

Lokales

Murrhardt und Umgebung

Foto: U. Gruber

Keine Entwarnung

Auch wenn der ausgiebige Regen dem Wald gutgetan hat, gibt es mit Blick auf den Käferbefall keine Entwarnung. Kilian Knötzele und Jürgen Baumann (von links) appellieren an die Privatwaldbesitzer, nicht zu zögern, um keine größeren Schäden zu riskieren.

Carsharing am Bahnhof

Die Walterichstadt verfügt nun über ein Carsharingangebot: Nahe des Murrhardter Bahnhofs kann man sich ab sofort ein E-Auto ausleihen. An der Station gibt es einen weiteren Ladeplatz.

Weniger Impfbereitschaft

Noch vor wenigen Wochen war es schwer, an einen Impftermin zu kommen. Mittlerweile gibt es deutlich mehr Impfstoff als Impfwillige. Das Risiko, dass Impfstoff bald im Müll landen könnte, steigt deutlich. Helfen sollen spezielle Impfaktionen.

Rems-Murr-Sport

Foto: Baumann

Im Fokus der Sporthilfe

Mit gerade mal 19 Jahren wurde Helena Grau vor 18 Monaten Deutsche Judomeisterin im Leichtgewicht. Einer der Erfolge, den die Deutsche Sporthilfe honoriert. Sie hat die Kämpferin der TSG Backnang nun in ihr Förderprogramm aufgenommen.

Ihr direkter Draht zu uns

Anzeigen 0 71 91 / 808-114
anzeigen@bkz.de

Vertrieb 0 71 92 / 92 90-11
info@murrhardter-zeitung.de

Redaktion 0 71 92 / 92 90-20
redaktion@murrhardter-zeitung.de

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
15216,27 Pkt.	3956,34 Pkt.	1,1775 Dollar
+ 83,07 Pkt.	**+ 27,81 Pkt.**	**+ 0,9 Cent**

Wetter

Mittags 26° | Nachts 12°
Viel Sonnenschein und niederschlagsfrei

Mit 60 Jahren Verspätung endlich im All

Vor 60 Jahren nahm die US-Pilotin Wally Funk (re.) an einem privaten Astronauten-Training teil, im Alter von 82 Jahren ist ihr Traum nun Wirklichkeit geworden: Am Dienstag begleitete sie Amazon-Gründer Jeff Bezos (2. v. re.) als Ehrengast beim ersten bemannten Flug seines Raumfahrtprojekts ins All.

Foto: dpa/Blue Origin

Versicherer verteidigt Rentensystem

Rentenversicherung Baden-Württemberg: Die Riester-Rente ist in den Köpfen der Menschen verbrannt.

STUTTGART. Die Rentenversicherung Baden-Württemberg wendet sich gegen eine Dramatisierung der Rentenreformdebatte. „Der Ausblick in die Zukunft ist nicht so pessimistisch, wie einige glauben machen wollen“, sagte Andreas Schwarz, der Vorsitzende der Geschäftsführung, jetzt gegenüber unserer Zeitung.

„Wir haben bis 2025 eine Entwicklung, die sich im Rahmen der gesetzlich definierten Ziele bewegen wird – mit einem Beitragssatz von unter 20 Prozent und einem Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.“

Schwarz warnt die Parteien aber auch vor neuen Versprechungen im Wahlkampf und daraus folgenden Milliardenbelastungen. Zur Riester-Rente sagte er, diese sei in den Köpfen der Menschen verbrannt. *ms*

Bezahlbarer Wohnraum ist die größte Sorge im Südwesten

BaWü-Check Umfrage der Tageszeitungen im Südwesten: Bürger sehen das Schaffen von bezahlbaren Wohnungen als wichtigste Aufgabe der neuen Landesregierung. Corona verliert an Dringlichkeit.

Von Renate Allgöwer

STUTTGART. Die Impfkampagne und die weitgehenden Öffnungen heben die Stimmung im Südwesten. Das ergibt sich aus dem aktuellen BaWü-Check, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt hat.

Demnach sehen 45 Prozent der Befragten den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen, vor einem halben Jahr waren es noch 40 Prozent. Skeptisch sind 27 Prozent, Befürchtungen hegen gar 15 Prozent. Die Sorgen wegen der Coronapandemie ebben leicht ab. Im Februar nannten 67 Prozent der Befragten beim BaWüCheck den Kampf gegen die Ausbreitung des Virus als wichtigste Aufgabe der Landesregierung, jetzt sind es noch 58 Prozent.

Ganz oben auf die Liste der neuen Regierung setzen die Bürger jetzt das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum, 66 Prozent sehen das so. Dass die neue grün-schwarze Koalition den Umwelt- und Klimaschutz fördert, ist 51 Prozent der Befragten sehr wichtig.

16

Prozent der Befragten sehen die Unterstützung der Autoindustrie als wichtige Regierungsaufgabe an.

58

Prozent der Befragten wissen in der zweiten Amtszeit als Innenminister, wer Thomas Strobl (CDU) ist. Er hat seit dem BaWü-Check vom Februar Boden gutgemacht, jetzt loben ihn 59 Prozent (März: 46 Prozent). Die Nummer eins bleibt Winfried Kretschmann. Fast jeder kennt den Ministerpräsidenten, 72 Prozent haben eine gute Meinung von ihm.

Damit rangiert das Thema hinter der Digitalisierung von Schulen (53 Prozent) und der Bekämpfung der Kriminalität (52 Prozent) auf dem fünften Platz der Prioritätenliste. Die Befragung erfolgte jedoch vom 30. Juni bis 7. Juli, also vor den Überschwemmungskatastrophen in Deutschland.

Insgesamt 16 Prozent sehen die Unterstützung der Autoindustrie als wichtige Regierungsaufgabe an, aber auch die Förderung von Sport und Vereinen, die unter der Pandemie gelitten haben, ist 21 Prozent ein Anliegen. Für die staatliche Unterstützung kultureller Einrichtungen sprachen sich nur 18 Prozent aus.

Dass erneut eine grün-schwarze Koalition die Aufgaben anpacken wird, finden nur 35 Prozent der Befragten gut, fast jeder Dritte (31 Prozent) hätte lieber eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP gesehen. Nicht einmal die Hälfte der Grünenanhänger (47 Prozent) sprachen sich für Grün-Schwarz aus, ganz anders dagegen diejenigen, die zur CDU tendieren. Sie sind mit 72 Prozent starke Befürworter des Bündnisses.

Kommentar

Kommentar

Wenig Zutrauen in die Landesregierung

Grün-Schwarz muss sich in der zweiten Amtszeit den Rückhalt der Bevölkerung erst noch erarbeiten.

Von Renate Allgöwer

Die Wohnungsnot treibt die Baden-Württemberger anhaltend um. Beim aktuellen BaWü-Check stellt das Thema sogar den Kampf mit der Pandemie und den Umgang mit dem Klimawandel in den Schatten, bei der vorigen Umfrage rangierte es bereits unmittelbar hinter der Eindämmung des Coronavirus. Deutlicher könnten die Bürger ihrer neuen Regierung kaum ins Stammbuch schreiben, wo sie Taten sehen wollen.

Die Koalition hat ein Zeichen gesetzt, dass sie die Bedeutung des Themas erkannt hat und ein eigenes Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen eingerichtet. Doch das hat bisher nur Symbolwirkung.

Darin darf sich die Aktivität keinesfalls erschöpfen. Die Umfrage legt eine Skepsis gegenüber der Neuauflage von Grün-Schwarz an den Tag, die die handelnden Personen aufrütteln muss. Nur 35 Prozent der Bevölkerung finden die Koalition gut. Nicht einmal die Hälfte der Anhänger der Grünen stehen hinter ihr. Das birgt Zündstoff. Die größte Zustimmung kommt vom kleinen Partner. Das nährt den Verdacht, dass die CDU-Anhänger sich vorrangig in der Regierungsbeteiligung sonnen wollen.

Der geringe Rückhalt legt den Schluss nahe, dass die erste Auflage von Grün-Schwarz nicht überzeugt hat. Nun das Gegenteil zu beweisen muss Anspruch der Regierung sein. Sonst könnte sie ins Wanken geraten. Vor allem, wenn der Ministerpräsident sich vorzeitig zurückziehen sollte.

CDU: Schulchöre nach Ferien wieder erlauben

Ein Ausfall dieser Angebote im dritten Schuljahr in Folge würde den Kindern erheblich schaden, so die Fraktion.

STUTTGART. Chöre und Schultheater sollten trotz andauernder Coronapandemie aus Sicht der CDU-Fraktion im kommenden Schuljahr wieder ermöglicht werden. „Die Schule ist ein sozialer Ort“, sagte der bildungspolitische Sprecher Alexander Becker. „Darum ist es wichtig, dass etwa Arbeitsgemeinschaften, Chöre, Schultheater oder Sport im Regelbetrieb stattfinden können.“ Ein Ausfall dieser Angebote im dritten Schuljahr in Folge würde den Kindern erheblich schaden. Bei konsequenter Einhaltung der Vorsichtsmaßnahmen sei auch das Singen im Unterricht oder im Chor möglich.

Trotz der Gefahr einer vierten Coronawelle im Herbst geht Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) davon aus, dass es nach den Sommerferien wieder Präsenzpflicht an den Schulen gibt. *dpa*

Deutschland beantragt Fluthilfe aus Brüssel

Die Bauindustrie hält einen raschen Wiederaufbau in den Hochwassergebieten bei guter Koordination für machbar.

Von Christopher Ziedler

BERLIN/STUTTGART. Mit Soforthilfe, einem langfristig angelegten Wiederaufbaufonds und finanzieller Unterstützung der Europäischen Union will die Bundesregierung den von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen unter die Arme greifen. In der Vorlage für die Sitzung des Bundeskabinetts an diesem Mittwoch, die unserer Zeitung vorliegt, heißt es: „Der Bund wird sich dafür einsetzen, dass zur Bewältigung der Hochwasserschäden auch der EU-Solidaritätsfonds einen möglichen Beitrag leistet und die hierfür erforderlichen Anträge stellen.“

Insgesamt werden zur Überbrückung von persönlichen Notlagen sowie der unmittelbaren Beseitigung von Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur vor Ort „zunächst“ bis zu 400 Millionen Euro bereitgestellt – über Programme der Länder. Der Bund beteiligt sich jeweils zur Hälfte daran, vorerst also mit bis zu 200 Millionen Euro. Eine konkrete Summe für die langfristige Wiederaufbauhilfe nennt die Vorlage noch nicht – bei den vorangegangenen Flutkatastrophen der Jahre 2002 und 2013 wurden sieben beziehungsweise acht Milliarden Euro veranschlagt.

Die Bauindustrie hält einen raschen Wiederaufbau in den von der Flutkatastrophe betroffenen Gebieten für möglich. „Die öffentlichen Auftraggeber müssen sagen, was wo zuerst erledigt werden muss“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), Tim-Oliver Müller. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) forderte die Wiedereinführung einer verpflichtenden Elementarschadenversicherung für alle Gebäudebesitzer. Die Zahl der Toten in Folge der Überschwemmungen ist unterdessen auf 170 gestiegen.

Kretschmann will Beamte verschonen

STUTTGART. Die grün-schwarze Koalition will Beamtinnen und Beamte bei den Sparbemühungen des Landes im kommenden Jahr verschonen. „Für den Haushalt 2022 haben wir keine Einschnitte bei den Beamten vorgesehen“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag in Stuttgart. Die vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 250 Millionen Euro müssten von den Ministerien erbracht werden. Auch hier gebe es keine konkreten Vorgabe aus der Haushaltskommission, in der die Spitzen der Koalition sitzen.

Der Ministerrat hatte am Dienstag die Eckpunkte des Haushalts 2022 beschlossen. Grün-Schwarz will im kommenden Jahr ohne neue Schulden auskommen. *dpa*